

Führt die Weiterbildung zur Teilnahme an der politischen Kultur?

„Bildung für alle, das ist eine Grundvoraussetzung der Demokratie. Denn nur mündige Menschen, die mitreden und mitentscheiden können, ermöglichen das Funktionieren der Demokratie.“

Bundespräsidentin Micheline Calmy-Rey

Die Bundespräsidentin schlägt eine Definition demokratischer Teilnahme vor – *als mündiger Mensch mitreden und mitentscheiden* –, deren Vorbedingung *geistige Offenheit* sich wiederum aus *Bildung für alle* ableitet. Die Betonung des „für alle“ weist darauf hin, dass hier noch ein Problem zu lösen ist.

Grundlegendes Postulat ist demnach: Demokratische Teilnahme beruht – zumindest grossenteils – auf Bildung.

Bürgersinn erwächst aber vor allem aus einer gesunden Sozialisierung. Verantwortlich für seine Herausbildung ist vorrangig die soziale Organisation in ihrer kollektiven Dimension. Bildung kann dazu nur einen Beitrag leisten.

Wer das vergisst läuft Gefahr, allein das Individuum für nicht mündiges Verhalten verantwortlich zu machen, ihm die Schuld zu geben und dadurch gleichzeitig jede kollektive, soziale Verantwortung abzuweisen.

Unsere Überlegungen vollziehen sich im europäischen Bezugsrahmen.

„In der Erziehung verbirgt sich ein Schatz“ - Jacques Delors verbindet ausgerechnet Erziehung (und als eine ihrer Säulen die Weiterbildung) und Demokratie in ein und demselben Konzept miteinander, wenn er mit Nachdruck an die Hauptaufgaben von Bildung erinnert:

- „Autonomie und Verantwortungssinn der einzelnen Menschen und der Gemeinschaft entwickeln
- Bessere Möglichkeiten geben, sich dem gesellschaftlichen Wandel zu stellen
- Das friedliche Zusammenleben und die Toleranz fördern
- Eine aufgeklärte und schöpferische Mitwirkung der Bürger und Bürgerinnen an der Gemeinschaft fördern.“

Wie steht es damit in der Schweiz?

Während ein neues Weiterbildungsgesetz in Vorbereitung ist, sehen wir gleichzeitig, dass die Trennung zwischen Berufs- und allgemeiner Bildung fortbesteht; wir stellen fest, dass eine adäquate Finanzierung allgemeiner Weiterbildung fehlt, dass es kein Bindeglied zwischen schulischer Erstausbildung und weiterführender Grundbildung für Erwachsene gibt, dass Übergänge zwischen formeller, zertifizierender und nicht-formeller, nicht anerkannter Weiterbildung fehlen.

Weiterbildung wird unterbewertet. Da, wo sie „wenig qualifizierte“, „benachteiligte“ Zielgruppen mit „spezifischen Bedürfnissen“ betrifft, schwebt sie sogar in Gefahr. Es ist erwiesen, dass die Weiterbildung für einen bedeutenden Teil der Bevölkerung nicht zugänglich ist. Ausschluss ist aber wenig vereinbar mit Teilnahme an der politischen Kultur.

Folgende Bedingungen sind also in den Vordergrund zu stellen:

- Weiterbildung ist charakteristischerweise ein globales Projekt (der soziale Wandel); dieses Projekt ist, wie von J. Delors erwähnt, politisch im besten Sinn des Wortes. Weiterbildung ist folglich per Definition kulturell, allgemein- und berufsbildend.
- Weiterbildung setzt angepasste Lernformen ein, betrifft alle Bevölkerungsgruppen und alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens und erstreckt sich auf alle Lebensalter.
Weiterbildung stellt ein Programm lebenslangen Lernens dar.
- Weiterbildung wird zum Gegenstand eines spezifischen Gesetzes. Das Bundesgesetz muss auf die Gleichbehandlung der Weiterbildung in allen Kantonen achten, es garantiert die Finanzierungsbedingungen, sichert allen Menschen gleiche Zugangsmöglichkeiten und mobilisiert alle betroffenen Partner.

Betrachtet man die Ergebnisse einer kürzlich erschienenen europäischen Studie zu informeller Bildung und „benachteiligten“ Bevölkerungsgruppen, an der die Schweiz teilgenommen hat, dann steht die Antwort auf die Frage, die uns heute beschäftigt zweifelsfrei fest:

Weiterbildung in informeller Form führt besonders gut zur Teilnahme an der politischen Kultur.

Die Aussicht, über die Anerkennung und Bestätigung von erworbenen Fähigkeiten und Leistungen Brücken zu bauen zwischen informeller Bildung, Weiterbildung, beruflicher Ausbildung, Beschäftigung, finanzieller Autonomie und damit der Möglichkeit, als mündiger Mensch in der Gesellschaft mitzureden und mitzuentcheiden, ist also schlussendlich alles andere als eine Utopie, sie ist eine Hoffnungsträgerin.

Angesichts der aktuellen politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Herausforderungen ist es dringend notwendig, eine weite, allumfassende Vision der Weiterbildung vorzuschlagen, die in das Erziehungssystem integriert ist. So gesehen macht seit der Einführung des Verfassungsartikels zur Weiterbildung die Aussicht auf ein neues Gesetz eine grossangelegte Informations- und Sensibilisierungsarbeit erforderlich:

heute haben wir die Gelegenheit, ihr volle und umfassende Anerkennung und die politischen, finanziellen und menschlichen Mittel zu geben, die einer modernen und leistungsfähigen Weiterbildung würdig sind.

Dann ja, zweifelsohne: eine so verstandene und anerkannte Weiterbildung führt zur Teilnahme an der politischen Kultur.

Bernadette Morand-Aymon
Directrice romande FSEA